

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

| | | | | |
|---|------------|-----------|-----------|-------------------|
| Nr. / Sitzung | StA | VA | PA | 57. RR |
| Datum | | | | 18.09.2014 |
| NIEDERSCHRIFT Düsseldorf, den 11. November 2014 | | | | |

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf
Beginn der Sitzung: 10.10 Uhr
Ende der Sitzung: 11.05 Uhr
Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung:

- 1. Formalien**

- 2. Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung des Regionalrates
am 26.06.2014**

- 3. Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**

- 4. Vorschlag für das Städtebauförderprogramm 2014**
hier: Berichterstattung und Beschluss

- 5. Regionalplan Düsseldorf (RPD)**
hier: Erarbeitungsbeschluss

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Er weist auf die Tischvorlagen zu TOP 4/57 PA am 10.09.2014 bzw. zu TOP 5/57 RR am 18.09.2014 hin:

- Neufassung des Beschlussvorschlags zur Erarbeitung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) vom 04.09.2014 unter Einbeziehung der FFH-Verträglichkeitsprüfung für den BSAB KLE09
- Antrag der Fraktion Bündnis90/DieGrünen vom 09.09.2014
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP im Regionalrat Düsseldorf vom 08.09.2014

Der Regionalrat stimmt der Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung des Regionalrates am 26.06.2014

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Frau Regierungspräsidentin Anne Lütkes unterrichtet den Regionalrat über aktuelle Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf (s. Anlage 1).

Der Regionalrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4: Vorschlag für das Städtebauförderprogramm 2014

hier: Berichterstattung und Beschluss

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage 3 / 53 StA bzw. 4 / 57 RR vom 05.08.2014

Herr Dr. Fils (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 18.09.2014 zur Sitzungsvorlage RR 4 / 57 vom 05.08.2014 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat stimmt dem Programmvorschlag für das Städtebauförderprogramm 2014 zu.

TOP 5: Regionalplan Düsseldorf (RPD)

hier: Erarbeitungsbeschluss

Gegenstand der Beratung waren die Sitzungsvorlage 4 / 57 PA bzw. 5 / 57 RR vom 01.08.2014 sowie die vom Vorsitzenden unter TOP 1 genannten Tischvorlagen.

Herr Thiel (SPD) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss. Er geht dabei auch auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vom 08.09.2014 ein. Demnach haben die drei Fraktionen hiermit Kriterien als Anregungen an die Regionalplanungsbehörde für das weitere Erarbeitungsverfahren formuliert, die die Orientierung des Bedarfs und des Entwicklungspotentials für Wohnbauflächen am "Zentrale-Orte-Prinzip", die Weiterentwicklung kleinerer Ortsteile anhand der tatsächlichen lokalen Verhältnisse, sinnvolle Abrundungen von Ortslagen, die Ausgewogenheit bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie, das Flächenranking "In und Um Düsseldorf" sowie Schnittstellen mit anderen Planungsregionen betreffen.

Herr Papen (CDU) legt für die CDU-Fraktion dar, dass auf die Zusage von Frau Regierungspräsidentin Lütkes im 57. PA am 11.09.2014 vertraut wird, die Bürgerbeteiligung – ebenso wie die Beteiligung der öffentlichen Stellen und sonstigen Verfahrensbeteiligten – nicht vor Ende März 2015 enden zu lassen. Er ist zuversichtlich, dass in enger und

vertrauensvoller Abstimmung mit den Kommunen ein für die künftige Entwicklung des Planungsraums gutes Ergebnis erzielt werden wird.

Von der Erstellung umfangreicher Prüfaufträge, wie im Planungsausschuss angesprochenen, wird seitens der CDU-Fraktion abgesehen, da die Gebietskörperschaften diese Wünsche im Rahmen des Beteiligungsverfahrens vortragen werden und die Berücksichtigung ihrer Anliegen im weiteren Erarbeitungsverfahren vom Regionalrat diskutiert und entschieden werden wird.

Das Angebot der Regierungspräsidentin, in die Fläche zur Diskussion zu gehen, nimmt Herr Papen sehr positiv auf und verbindet dies mit dem Wunsch, die Regionalratsmitglieder über die stattfindenden Termine zu informieren. Herr Papen (CDU) dankt für die umfangreiche Vorarbeit der Bezirksregierung und wünscht einen möglichst zügigen Aufstellungsbeschluss durch den neuen Regionalrat.

Herr Petrauschke (CDU) greift die Ausführungen von Herrn Papen zum Beteiligungsverfahren auf und hebt hervor, dass im vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Erarbeitung des RPD unter Ziffer 3 eine Mindestfrist für die Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit von drei Monaten vorgesehen ist, die eine längere Dauer als drei Monate nicht ausschließt. Er macht deutlich, dass demzufolge die Zusage der Regierungspräsidentin, wonach die Stellungnahmefrist für die allgemeine Öffentlichkeit - ebenso wie für die Verfahrensbeteiligten - nicht vor dem 31. März 2015 enden soll, von dem vorliegenden Beschlussvorschlag inhaltlich bereits gedeckt ist. Insofern bedarf es keiner Abänderung des Beschlussvorschlags. Da in der Sache selbst Einigkeit über die gleichlaufenden Fristen für Verfahrensbeteiligte und allgemeine Öffentlichkeit besteht, kann die Fristbestimmung der Regierungspräsidentin bestätigend in den Erarbeitungsbeschluss übernommen werden.

Frau Sartingen (SPD) legt für die SPD-Fraktion die Wichtigkeit der einstimmig beschlossenen Leitlinien als Basis für das weitere planerische Handeln dar und spricht die Prüfaufträge der SPD-Fraktion an, die im 57. PA am 11.09.2014 zu Protokoll genommen wurden. Ihrer Einschätzung nach ist durchaus möglich, dass im Rahmen der weiteren Erarbeitung des Regionalplans noch weitere Prüfaufträge hinzukommen werden. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen sieht Frau Sartingen (SPD) ebenfalls als wichtig an. Es soll aber auch nicht vergessen werden, dass das regionalpolitische Denken die eigentliche Aufgabe des Regionalrates ist. Sie bedankt sich bei der Bezirksregierung und allen Regionalratsmitgliedern für die geleistete Arbeit.

Herr Krause (Bündnis90/DieGrünen) bittet hinsichtlich der Beteiligungsfrist um die Übernahme der zugesagten Frist für die Öffentlichkeitsbeteiligung bis Ende März 2015 in den Erarbeitungsbeschluss, womit dann die entsprechende Forderung seiner Fraktion umgesetzt wäre. Er spricht sich dafür aus, dass mit dem neuen Plan eine ökologisch neuausgerichtete und nachhaltig orientierte Flächenplanung in Zusammenarbeit der Regionalplanungsbehörde mit den Kommunen verwirklicht werden soll.

Es lassen sich nach seiner Einschätzung allerdings Tendenzen im Planentwurf erkennen, die der ökologischen Nachhaltigkeit nicht gerecht werden. Hierfür verweist er auf die Methode zur Berechnung der Gewerbegebiete, die nach seinem Dafürhalten zu weiterem Flächenverbrauch und höheren Folgekosten für die Kommunen führt, auf die großzügige und angebotsorientierte Festlegung von GIB, auf die Rückläufigkeit der Ausweisung der regionalen Grünzüge im Vergleich zum GEP 99 sowie auf zahlreiche überflüssige Verkehrsprojekte. Die Fraktion Bündnis90/DieGrünen sieht nach seiner Aussage in den politischen Stellungnahmen der CDU, SPD und FDP keine sachgerechte Begleitung des Erarbeitungsbeschlusses. Insofern muss auch deren gemeinsamer Antrag vom 08.09.2014 abgelehnt werden. Da die Fraktion Bündnis90/Die Grünen Licht und Schatten im vorliegenden Entwurf des RPD erkennt, hat sie entschieden, sich bei der Abstimmung zum Erarbeitungsbeschluss zu enthalten. Herr Krause (Bündnis90/Die Grünen) drückt die Hoffnung aus, dass die Punkte, die seiner Fraktion wichtig sind, im Rahmen des weiteren Verfahrens zu einer Verbesserung des Planentwurfs führen. In diesem Fall könnte es zu einer Zustimmung kommen, ansonsten wird auch eine Ablehnung des Planwerks in Erwägung zu ziehen sein.

Herr Laakmann (FDP) erläutert in der Rückschau, dass bei Beginn der jetzt endenden Wahlperiode fraktionsübergreifend der Wunsch auf einen neu beschlossenen Regionalplan bestand. Aus unterschiedlichen Gründen wie z.B. Verzögerungen bei der Erstellung des Landesentwicklungsplans oder Schwierigkeiten bei der Berechnung der Siedlungsflächen hat man dann aber erst mit der Vorlage für die letzte Planungsausschusssitzung vor der Neukonstituierung den für den heutigen Erarbeitungsbeschluss zugrunde liegenden Planentwurf erhalten. Die FDP und die Freien Wähler sind der Auffassung, dass im weiteren Verlauf des Verfahrens, wie bisher auch, eine enge Abstimmung mit den Kommunen erfolgen soll und Gelegenheit bestehen muss, kritische Punkte in den kommenden Wochen und Monaten vor dem Aufstellungsbeschluss noch zu überarbeiten.

Für die FDP und die Freien Wähler ist es wichtig zu betonen, dass man sich in einem stark industriell geprägten Bereich mit entsprechender Bebauung befindet und daher ein

auszugleichendes Spannungsverhältnis zwischen Verdichtung und Freiraumentwicklung existiert. Auch ist der Zuschnitt des Planungsbereiches durch die Herauslösung der RVR-Kommunen problematisch geworden, da kein geschlossener Planungsraum mehr vorhanden ist, sondern sich vielfältige Überschwappeffekte mit Köln, den Niederlanden und dem RVR ergeben. Nach 15 Jahren Tätigkeit in diesem Gremium wünscht Herr Laakmann (FDP), dass ein Plan entsteht, mit dem die Bevölkerung und die Wirtschaft gut leben können.

Herr Petruschke (CDU) stellt zunächst den Beschlussvorschlag für die Erarbeitung des RPD in der Fassung der Tischvorlage vom 04.09.2014 zur Abstimmung. Unter Verweis auf die darin unter Ziffer 2 enthaltene Fristbestimmung, wonach die Stellungnahmefrist für die Verfahrensbeteiligten nicht vor dem 31. März 2015 enden soll, nimmt er anstatt der unter Ziffer 3 des vorliegenden Beschlussvorschlags am Ende des zweiten Satzes enthaltenen Formulierung "*für die Dauer von mindestens drei Monaten öffentlich auszulegen*" dort die Formulierung "*mit gleicher Frist zur Stellungnahme wie nach Ziffer 2 öffentlich auszulegen*" in den zur Abstimmung gestellten Beschlussvorschlag auf. Zuvor sagt die Regierungspräsidentin nochmals zu, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß Ziffer 3 des Beschlussvorschlags der Verwaltung, ebenso wie die unter Ziffer 2 genannte Frist, nicht vor dem 31. März 2015 enden soll.

Hierauf hat der Regionalrat in seiner Sitzung vom 18.09.2014 den Beschluss zur Erarbeitung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) mehrheitlich bei fünf Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke wie folgt gefasst:

1. Der Regionalrat beauftragt die Bezirksregierung Düsseldorf als Regionalplanungsbehörde mit der Fortschreibung des geltenden Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) und beschließt gemäß § 9 Abs. 1 und § 19 Abs. 1 Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) die Erarbeitung des Regionalplanes Düsseldorf (RPD) für das Planungsgebiet des Regionalrates gemäß § 6 Landesplanungsgesetz NRW auf der Grundlage der Anlagen 1-3 der Sitzungsvorlage vom 01.08.2014. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung für den BSAB KLE 09 aus der Tischvorlage vom 04.09.2014 wird dabei an den Anhang B der Anlage 3 (Umweltbericht) angehängt.

2. Die in der Anlage 4 der Sitzungsvorlage vom 01.08.2014 aufgeführten, im Erarbeitungsverfahren zu Beteiligten sind über das Verfahren zu unterrichten und zur

Mitwirkung am Verfahren aufzufordern. Ihnen ist nach Maßgabe der § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 13 Abs. 1 LPIG NRW Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Frist zur Stellungnahme soll nicht vor dem 31. März 2015 enden. Weitere Behörden und Stellen können beteiligt werden, wenn es sich im Verlaufe des Verfahrens als notwendig erweist.

3. Gemäß § 10 Abs. 1 ROG i.V. mit § 13 Abs. 1 LPIG ist auch der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Planunterlagen sind bei der Bezirksregierung Düsseldorf als Regionalplanungsbehörde sowie den Kreisen und kreisfreien Städten des Planungsgebietes mit gleicher Frist zur Stellungnahme wie nach Ziffer 2 öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung werden gem. § 13 Abs. 1 Satz 3 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG NRW) mindestens zwei Wochen vorher im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf bekannt gemacht.

Herr Petrauschke (CDU) stellt weiterhin den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP in der Fassung vom 08.09.2014 zur Abstimmung.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung vom 18.09.2014 dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vom 08.09.2014 (Tischvorlage) mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke zugestimmt.

Herr Petrauschke (CDU) geht in seinen anschließenden Worten auf die ausliegende Leistungsbilanz des Regionalrats ein. Bei der Arbeit am neuen Regionalplan bestand und besteht weiterhin für den Regionalrat die Herausforderung, in einem schon vielfach überplanten regionalen Gebiet für die Zukunft Entwicklungsspielräume für Natur- und Landschaft, für Wirtschaft, Wohnen und andere Nutzungen entstehen zu lassen. Der Regionalrat ist hierbei das Bindeglied zwischen Staat und Kommunen. Er hat in der letzten Wahlperiode stark die Interessen der Kommunen in die Erarbeitung des Regionalplans eingebracht und wird dies auch im weiteren Verfahren tun, ohne dabei die regionale Sichtweise zu vernachlässigen. Ein besonders hervorzuhebendes Merkmal ist in diesem Zusammenhang die konstruktive und parteiübergreifende Diskussion im Regionalrat. Herr Petrauschke (CDU) bedankt sich bei den stimmberechtigten und den beratenden Regionalratsmitgliedern, bei Frau Regierungspräsidentin Lütkes und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierung. Besonderer Dank gilt denjenigen, die

dem Regionalrat in der nächsten Wahlperiode nicht mehr angehören werden.

Mit Dank und Anerkennung überreicht Frau Regierungspräsidentin Lütkes zusammen mit Herrn Petrauschke gerahmte Urkunden an die ausscheidenden Mitglieder: Herrn Andreas Weigel, Herrn Hans-Wilhelm Reinders, Frau Bettina Brücher, Herrn Rolf Tups, Herrn Klaus Reuter, Herrn Hannes Selders, Herrn Wolf Dietrich Hausmann, Herrn Norbert Czerwinski, Herrn Fritz Meies, Herrn Otto Laakmann und Frau Gunhild Saringen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 11.05 Uhr.

gez. Petrauschke
(Vorsitzender des
Regionalrates)

gez. Reese
(Stellv. Vorsitzender
des Regionalrates)

gez. Gunkel
(Schriftführerin)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -
Regionalratssitzung am 18.09.2014

Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion

| Name | anwesend |
|--------------------------|----------|
| Amfaldern, Nanette | √ |
| Dr. Fils, Alexander | √ |
| Humpert, Karl Heinz | √ |
| Läckes, Manfred | √ |
| Meies, Fritz | √ |
| Moritz, Arne | √ |
| Müller, Michael | √ |
| Papen, Hans-Hugo | √ |
| Petrauschke, Hans-Jürgen | √ |
| Reiners, Hans Wilhelm. | √ |
| Schmickler, Günter | √ |
| Schroeren, Michael | √ |
| Selders, Hannes | √ |
| Steinmetz, Jürgen | |
| Tups, Rolf | √ |
| Vielhaus, Ewald | √ |
| Weigel, Andreas | √ |
| Welter, Thomas | √ |

SPD-Fraktion

| Name | anwesend |
|---------------------|----------|
| Bechstein, Klaus | √ |
| Bedronka, Bernd | √ |
| Edelhoff, York | √ |
| Hengst, Jürgen | √ |
| Hildemann, Michael | √ |
| Jessner, Udo | √ |
| Münchow, Volker | √ |
| Reese, Klaus Jürgen | √ |
| Sartingen, Gunhild | √ |
| Thiel, Rainer | √ |
| Wurm, Günter | √ |
| | |
| | |
| | |
| | |

FDP

| Name | anwesend |
|-----------------------|----------|
| Hausmann, Wolf D. | √ |
| Laakmann, Otto | √ |
| Müller, Ulrich G. | |
| Schiffer, Hans Lothar | √ |
| Suika, Jörn | √ |
| | |

Bündnis 90/Die Grünen

| Name | anwesend |
|---------------------|----------|
| Arndt, Ingeborg | √ |
| Brücher, Bettina | √ |
| Czerwinski, Norbert | √ |
| Krause, Manfred | √ |
| Sickelmann, Ute | √ |
| Tietz, Uwe | √ |

Die Linke

| Name | anwesend |
|------------------|----------|
| Herhaus, Susanne | √ |
| | |
| | |

FW NRW

| Name | anwesend |
|----------------------------|----------|
| Dr. Grumbach, Hans-Joachim | √ |
| | |
| | |

Beratende Mitglieder

| Name | | anwesend |
|-------------------------|---|----------|
| Paßmann, Bernd | Landschaftsverband Rheinland | |
| Dr. Hoffmann, Christian | Arbeitgebervertretung | √ |
| Dr. Siepman, Udo | Arbeitgebervertretung | √ |
| Zipfel, Josef | Arbeitgebervertretung | |
| Arens, Guido | Arbeitnehmervertretung | √ |
| Kolle, Daniel | Arbeitnehmervertretung | √ |
| Reuter, Klaus | Arbeitnehmervertretung | √ |
| Buck, Antje | Kommunale Gleichstellungsstellen | √ |
| Gerken, Bert | Sportverbände | √ |
| Wenzel, Stefan | Naturschutzverbände | √ |
| Düsseldorf | OB/Vertr. H. Bleck | √ |
| Krefeld | OB/Vertr. Dr. Böttges | √ |
| Mönchengladbach | OB/Vertr. Figener | √ |
| Remscheid | OB/Vertr. | |
| Solingen | OB/Vertr. Wenzel | √ |
| Wuppertal | OB/Vertr. U. Geßner | √ |
| Kleve | Landrat/Vertr. | √ |
| Mettmann | Landrat/Vertr. | √ |
| Neuss | Landrat/Vertr. H. Steinmetz, H. Temburg | √ |
| Viersen | Landrat/Vertr. H. Budde | √ |

Teilnehmer der Bezirksregierung Düsseldorf:

| | |
|--|-------------|
| Frau Regierungspräsidentin Lütkes | |
| Herr Abteilungsleiter Happe | Abteilung 2 |
| Herr Abteilungsleiter Olbrich | Abteilung 3 |
| Frau Leitende Regierungsdirektorin Dr. Küster | Dezernat 52 |
| Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann | Dezernat 32 |
| Herr Regierungsdirektor Keller | Dezernat 32 |
| Herr Regierungsbaudirektor van Gemmeren | Dezernat 32 |
| Herr Regierungsbaudirektor von Seht | Dezernat 32 |
| Frau Oberregierungsbaurätin Blinde | Dezernat 32 |
| Frau Oberregierungsbaurätin Gruß | Dezernat 32 |
| Herr Regierungsbaurat Weiß | Dezernat 32 |
| Frau Regierungsbeschäftigte Fels | Dezernat 32 |
| Herr Regierungsbeschäftigter Falkner | Dezernat 32 |
| Herr Oberregierungsrat Kießling | Dezernat 32 |
| Frau Regierungsbeschäftigte Kaboth | Dezernat 32 |
| Herr Regierungsbeschäftigter Häfner | Dezernat 32 |
| Frau Regierungsamtfrau Gunkel | Dezernat 32 |
| Frau Regierungsamtfrau Sablofski | Dezernat 32 |

Rede
von Frau Regierungspräsidentin Anne Lütkes
anlässlich der
Regionalratssitzung am 18. September 2014

Sehr geehrte Damen und Herren des Regionalrats Düsseldorf,

ich begrüße Sie recht herzlich zur letzten Sitzung dieses Regionalrates.

Herrn Kießling als neuen Leiter der Geschäftsstelle des Regionalrates möchte ich in dieser neuen Funktion willkommen heißen.

Als ausgebildeter Jurist und Ausbildungsstationen in den Dezernaten 12 (Beauftragte für den Haushalt, Vergabe, Justitiariat und Innerer Dienst) und 54 (Wasserwirtschaft) bei der Bezirksregierung Düsseldorf, gefolgt von weiteren Ausbildungsabschnitten beim Ministerium für Inneres und Kommunales und der Stadtverwaltung Gelsenkirchen, war Herr Kießling im Dezernat 53 eingesetzt. Seit dem 01.08.2014 ist er nach einer kurzen Elternzeit als Nachfolger von Herrn Goetzens im Dezernat 32.

Regionalplanfortschreibung

Mit dem heute auf der Tagesordnung stehenden Erarbeitungsbeschluss erreicht die Fortschreibung des Regionalplans Düsseldorf einen wichtigen Meilenstein: den Auftakt zum formellen Beteiligungsverfahren. Hierauf haben Sie gemeinsam mit der Bezirksregierung seit Ende 2010 in einem

breit angelegten informellen Informations- und Diskussionsprozess hingearbeitet.

Ich werbe dafür, diesen Weg fortzusetzen, mit dem wir alle sehr positive Erfahrungen gemacht haben. Vor Ihnen liegt ein umfangreicher und inhaltlich komplexer Planentwurf, den zu verstehen - sicherlich auch für Sie als Regionalratsmitglieder - an der einen oder anderen Stelle eine Herausforderung darstellt. Diese Herausforderung ist für viele Bürgerinnen und Bürger noch wesentlich größer.

Um das Interesse am und das Verständnis für den Regionalplan Düsseldorf auf breiter Ebene zu unterstützen und so der Bedeutung des Regionalplans für die Entwicklung in der Region für die nächsten 15 Jahre Rechnung zu tragen, biete ich für die Regionalplanungsbehörde den Kreistagen und den Räten der kreisfreien Städte an, die Bürger vor Ort über für sie interessante Planinhalte zu informieren.

Soweit das vor Ort gewünscht wird, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalplanungsbehörde gerne bereit, im Rahmen von Informationsveranstaltungen, insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern - aber natürlich auch der Politik und den Verwaltungen - den Entwurf des Regionalplans zu erläutern und Fragen zum Entwurf zu beantworten. Dies gilt gleichermaßen für Fragen zu bestimmten Themen, als auch für die Auswirkungen des Regionalplans „vor Ort“. Stattfinden könnten diese Veranstaltungen etwa in dem Zeitraum von Mitte November bis Mitte Dezember 2014. Damit ist dann auch sichergestellt, dass bis zum Ablauf der förmlichen Beteiligungsfrist Erkenntnisse aus diesen Veranstaltungen in eventuelle Stellungnahmen einfließen können. Wichtig ist mir, dass „vor Ort“ Möglichkeiten geschaffen werden, den abstrakten Regionalplan in seiner rahmensetzenden und langfristigen Bedeutung zu erklären und vermitteln. Ich werde

das am 30.09.2014 auf der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz ansprechen.

Laden Sie uns gerne ein.

CO-Pipeline

In der mündlichen Verhandlung vor dem Obergericht Münster am 28. August 2014 hat das OVG einen Vorlagebeschluss verkündet. Das Verfahren über die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses für die Errichtung und den Betrieb der CO-Pipeline vom 14.02.2007 wurde ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt, ob § 1 Satz 1 des Rohrleitungsgesetzes mit Artikel 14 Abs. 3 GG vereinbar ist.

Der Senat stellte dar, dass keine konzeptionellen Mängel des Planfeststellungsbeschlusses feststellbar waren. Weder die von

Klägerseite vorgebrachten sicherheitstechnischen Bedenken, noch die behaupteten Mängel bei der großräumigen Trassenwahl ließen solche Fehler erkennen, die zu einer Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses führen müssten.

Allein die Planrechtfertigung, die zum wesentlichen Teil auf der gesetzlichen Grundlage, dem „Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen“ vom 21. März 2006 beruht, wurde in Frage gestellt.

Der rechtliche Zustand ist somit unverändert, wie nach der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung im Jahr 2011: Der Planfeststellungsbeschluss ist nicht vollziehbar und die CO-Pipeline darf nicht in Betrieb gehen.

Und nun möchte ich mich bei Ihnen allen für die stets gute Zusammenarbeit bedanken. Insbesondere auch bei Ihnen, Herr

Vorsitzender, möchte ich mich für die stets sach- und zielorientierte zügige Leitung der Sitzungen und Führung der Aufgaben des Regionalrates und die immer konstruktive Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken.

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.